



Der Metall- und Elektroindustrie drohen ausgeweitete Warnstreiks. IG Metall und Arbeitgeber brachen ihre vierte Verhandlungsrunde am späten Mittwochabend ergebnislos ab, wie beide

Seiten mitteilten. Grund war der Streit über die von der Gewerkschaft geforderte Flexibilisierung der Arbeitszeiten.

Die Verhandler von IG Metall und dem Arbeitgeberverband Südwestmetall hatten sich am Mittwochnachmittag getroffen in Böblingen im Pilotbezirk Baden-Württemberg getroffen. In den Tagen davor hatte die von beiden Seiten gebildete Expertenkommission insgesamt 75 Stunden über Lösungsvarianten diskutiert. "In den für uns entscheidenden Arbeitszeitfragen haben die Arbeitgeber aber alle bisherigen relevanten Teilergebnisse zurückgenommen", erklärte IG-Metall-Verhandlungsführer Roman Zitzelsberger.

Die Gewerkschaft fordert, dass Arbeitnehmer in der Branche ihre wöchentliche Arbeitszeit zeitweise auf 28 Stunden reduzieren können. Wer Kinder betreut oder Angehörige pflegt, soll

200 Euro Zuschuss für den Lohnausfall bekommen. Wer im Schichtdienst arbeitet, soll zehn Tage pro Jahr weniger arbeiten und einen Zuschuss von 750 Euro bekommen. Zitzelsberger zufolge schlug die IG Metall zuletzt aber Alternativen zu den Zuschüssen vor.

Die Arbeitgeber lehnen den teilweisen Lohnausgleich als rechtswidrig und diskriminierend ab und fordern stattdessen eine größere Flexibilität, um die Wochenarbeitszeit ausweiten zu können. "Leider hat die Gewerkschaft in zentralen Fragen Bedingungen formuliert, die für unsere Betriebe nicht zumutbar wären", erklärte der Verhandlungsführer der Arbeitgeber und Südwestmetall-Vorsitzende Stefan Wolf. "Die IG Metall mag auch den Willen zum Abschluss haben, aber das aktuelle Preisschild ist einfach zu hoch."

Neben der Arbeitszeitverkürzung fordert die Gewerkschaft sechs Prozent mehr Lohn. Die Arbeitgeber boten zuletzt zwei Prozent.

Am Donnerstag beraten nun die Tarifkommissionen der IG Metall in den verschiedenen Bezirken über den aktuellen Verhandlungsstand. Am Freitag wird der Bundesvorstand der IG Metall entscheiden, ob er die Warnstreiks ausweitet oder gar zu einer Urabstimmung über Flächenstreiks aufruft. Die nächste Stufe wäre eine Ausweitung der Warnstreiks auf 24 Stunden, wie Gewerkschafter immer wieder betont haben.

Seit dem Ende der Friedenspflicht Anfang des Jahres nahmen nach Gewerkschaftsangaben bundesweit mehr als 900.000 der insgesamt 3,9 Millionen Beschäftigten der Branche an Warnstreiks teil. afp